



## Martin Sabrow

„Wende“ oder „Revolution“? Der Herbstumbruch 1989 und die Geschichtswissenschaft  
Vortrag in der Reihe "Umbruch 1989-1991. Zentrum und Peripherie", Forum Neuer Markt,  
2.4.2009, 19.00

Es freut mich sehr, dass wir mit der Reihe "Umbruch 1989 bis 1991 – Zentrum und Peripherie" die Idee des Forums neuer Markt in so eindrucksvoller Weise wieder beleben können. Die Liste unsere Kooperationspartner ist lang, und sie umfasst neben dem Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, dem Moses Mendelssohn Zentrum und dem Einstein Forum sowie dem Deutschen Kulturforum östliches Europa, die allesamt am Neuen Markt beheimatet sind, zahlreiche weitere Einrichtungen in Potsdam, die sich mit Fragen der zeithistorischen Aufarbeitung befassen. Mir kommt am Anfang unserer Vortragsreihe mit ihren fast 30 Vorträgen die Aufgabe zu, Sie mit einem Überblicksreferat in das Spannungsverhältnis von Erinnerungskultur und Geschichtswissenschaft einzuführen, das das Jubiläumsjahr 2009 für uns bereithält und für das im deutschen der Begriff Aufarbeitung steht. Ich möchte das am Beispiel des semantischen Krieges um die Begriffe "Wende" und "Revolution" und des Umgangs mit dem Umbruch von 1989 in unserer Fachdisziplin, der Geschichtswissenschaft, tun.

20 Jahre nach dem so überraschenden wie unvermuteten Zusammenbruch der diktatorischen Einparteienherrschaft im europäischen Staatssozialismus verschlingen sich im Thema „1989“ zwangsläufig die realhistorische und die rezeptionshistorische Komponente. Zeitgeschichte ist nicht nur die Epoche der Mitlebenden, sondern auch die Epoche ihrer Mitdeutungen. Die Erinnerung an die DDR ist in unserer Gedächtnisgesellschaft Thema einer öffentlichen Deutungskonkurrenz geworden, die unter dem Titel „Aufarbeitung“ Geschichtspolitiker, Geschichtswissenschaftler und öffentliche Geschichtskulturproduzenten wie -rezipienten zusammenführt und auch vor dem Klassenzimmer nicht Halt macht.

So hat allein die Frage nach der historisch korrekten Bezeichnung für den Zusammenbruch des SED-Staates eine Kontroverse entfacht, in der dem Nachweis des Dresdner Historikers Michael Richter, dass der Begriff im Herbst 1989 zunehmend „im Sinne systemstürzender Veränderungen“ benutzt wurde<sup>1</sup>, mit dem volkspädagogischen Gegenargument begegnet wird, dass es „für eine sich auch als Aufklärung verstehende Historiografie gänzlich inakzeptabel“ sei, „dem Volk [...] den Begriff einer Wende“ zuzubilligen.<sup>2</sup> In seinem Plädoyer für die Verwendung des Terminus „friedliche Revolution“ führt Rainer Eckert, Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig, weiterhin an, dass die „Masse der Ostdeutschen inzwischen die Erinnerung an die Revolution verdrängt oder vergessen hat. Genau hier gilt es anzusetzen. [...] Diejenigen, die die Möglichkeit besitzen, mit ihren jeweiligen Mitteln die öffentliche Meinung mit zu prägen, haben mit diesem Privileg auch die Verantwortung zur Stärkung eines demokratischen Geschichtsbewusstseins übernommen.“<sup>3</sup> Mit Recht wies Richter in seiner Replik darauf hin, dass mit solchen Erwägungen der systematische Unterschied zwischen Wissenschaft und Erinnerungskultur gänzlich aufgehoben sei: „Als Historiker bin ich historischen Tatsachen verpflichtet, weniger pädagogischen Erwägungen.“<sup>4</sup>

Hieran wird deutlich, wie mit den Mitteln der Geschichtspolitik versucht wird, die historische Welt als Wille und Vorstellung zu formen, und wie mit den Mitteln der Geschichtswissenschaft versucht wird, dieser Formung zu widerstehen. Der dritte Akteur in diesem Spannungsverhältnis ist der Zeitgenosse, der als Zeitzuge öffentliches Gehör findet, in der Familie und am Arbeitsplatz als Sozialisationsinstanz das Denken der Nachgeborenen mitprägt, als Wähler die politische Eignung des Unrechtsstaatsverneiners Sellering in Mecklenburg abwägt oder als Besucher an den zahlreichen Gedenkveranstaltungen zum Jubiläum des Mauerfalls teilnimmt, um einer kompromisslosen Verurteilung der Diktatur zu applaudieren oder sich am besonnenen Blick auf die sozialistischen Errungenschaften zu wärmen.

Gleich im Dutzend erscheinen in diesen Wochen Titel zur deutsch-deutschen Geschichte und besonders zum Herbst 1989, die in mehrheitlich überraschend konventioneller Aufmachung

---

<sup>1</sup> Michael Richter, Die Wende. Plädoyer für eine umgangssprachliche Benutzung des Begriffs, in: Deutschland Archiv 40, 2007, S. 861-868, hier S. 865.

<sup>2</sup> Rainer Eckert, Gegen die Wende-Demagogie – für den Revolutionsbegriff, in: Ebd., S. 1084-1086, hier S. 1085; Michael Richter, Ebenfalls gegen die Wende-Demagogie und für den Revolutionsbegriff, in: Ebd., S. 1086 f., hier S. 1087.

<sup>3</sup> Ebd., S. 1085 f.

<sup>4</sup> Michael Richter, Ebenfalls gegen die Wende-Demagogie und für den Revolutionsbegriff, in: Ebd., S. 1086 f., hier S. 1087.

eins ums andere Mal die Geschichte von Mauerbau und Mauerfall erzählen. Friedlich stehen in der Buchleiste der zur Buchmesse in Leipzig erschienenen Ausgabe des „Spiegel“ Schabowskis Machthabermemoiren neben den Gefängnisnotizen von Egon Krenz und Susanne Schädlichs Familienerzählung über den deutsch-deutschen Bruderverrat neben den zahlreichen Erinnerungsanthologien, die in diesem Frühjahr etwa Jan Schönfelder („Das Wunder der Friedlichen Revolution“), Renatus Deckert („Die Nacht, in der die Mauer fiel“) oder M. Fraumann („Die DDR war ein Teil meines Lebens“) herausgaben.

Das Bild eines friedlichen Nebeneinanders unterschiedlicher Deutungen von „1989“ trägt allerdings. Seit dem Untergang des SED-Regimes dauert die oft verbissen geführte Debatte um den Charakter der DDR an, die zwar ihren Fokus wiederholt verlagert hat, aber immer wieder und immer noch um dieselbe Frage kreist: Wem gehört die DDR-Geschichte? In den neunziger Jahren wogte der Streit zunächst um die Frage, wer die DDR erforschen dürfe und wie weit die Selbstreinigung der ostdeutschen Historikerschaft und abgeschwächt auch der westdeutschen DDR-Forschung zu gehen habe. Diese in starkem Maße fachethische Diskussion endete in meiner Wahrnehmung mit der Feststellung des damaligen Akademie-Präsidenten Dieter Simon, dass auch schlechte Menschen gute Historiker sein könnten. Sie stand aber zugleich in Verbindung mit der fachlichen Grundsatzfrage, welcher der beiden anderen Großordnungen des 20. Jahrhunderts die DDR typologisch näher stünde: der Bundesrepublik oder der NS-Diktatur. Besonders Vertreter der alten DDR-Eliten fanden allein die Vorstellung, die sozialistische DDR mit dem nationalsozialistischen so genannten „Dritten Reich“ in eine vergleichende Beziehung zu rücken, einen fachlich verbrämten Schimpf des historischen Siegers. Dieser verhöhne das antifaschistische Selbstverständnis der DDR und missachte die Lebensleistung ihrer oftmals durch KZ und Verfolgung gegangenen Trägerschichten.

Umgekehrt erlaubte das totalitarismustheoretisch fundierte Zusammenrücken von NS-Staat und SED-Staat neben einer scharfen Distanzierung von den konvergenzstrategischen Denkmustern einer entstalinisierten und vermeintlich kommod gewordenen Diktatur die Fokussierung auf die vielen Kontinuitäten zwischen beiden undemokratischen Regimen. Nachdem im Laufe der neunziger Jahre sich der wissenschaftliche Gemeinplatz durchsetzen konnte, dass die vergleichende Analyse von Ähnlichkeiten und Unterschieden eine historische Grundoperation ist, deren Legitimität allein von der jeweiligen Fragestellung abhängt, aber jedenfalls keine Gleichsetzung impliziert, verlagerte sich die Debatte um den Charakter der DDR. Nun rückte stärker der Begriff in das Zentrum, auf den die zweite

deutsche Diktatur zu bringen sei: Eine totalitäre Linksdiktatur oder eine moderne Diktatur, eine Fürsorgediktatur, eine Zustimmungsdiktatur.

Gegenwärtig befinden wir uns offenbar bereits in einer dritten Phase, in der nicht mehr der fachwissenschaftliche Diskurs im Vordergrund der Debatte steht, sondern die öffentliche Erinnerungskultur. Ähnlich wie in Bezug auf die NS-Geschichte verwandelt sich jetzt auch in Bezug auf die DDR der Streit in der Sache zu einem Streit über den Umgang mit ihr. Er mutiert zu einer Debatte zweiter Ordnung, in der nicht mehr die Interpretation der Ereignisse selbst im Vordergrund steht, sondern deren geschichtskulturelle Aneignung oder Abstoßung, und in der es weniger um historische Erklärungen geht als um geschichtspolitische Vereinnahmungen. Offenbar liegen Geschichtswissenschaft und Erinnerungskultur im Fall des DDR-Untergangs anders als im Fall des NS-Regimes in einem zähen und mit Argumenten allein nicht zu entscheidenden Geltungsstreit. Warum die Frage nach der „richtigen“ historischen Einordnung und Bezeichnung für den Systemwechsel 1989/90 zu einem solchen Spannungsfeld zeithistorischer Identitätsbildung geworden ist, will ich im folgenden in vier Schritten und mit vier Argumenten plausibel zu machen versuchen.

### **Die realgeschichtliche Uneindeutigkeit der Ereignisse**

Eine erste Erklärung sehe ich darin, dass der Umbruch des Herbstes 1989 in mancher Hinsicht eine Revolution ohne Revolutionäre darstellte. Der Untergang des SED-Staates folgte nicht so sehr aus der Niederlage gegen einen erstarkten Gegner, sondern besiegelte in vielem eine innere Auflösung aus eigener Schwäche. Den Zusammenbruch der DDR als „Selbstbefreiung des Volkes“ zu deuten (Hartmut Zwahr), muss mit dem Umstand fertig werden, dass die einzelnen Gegenbewegungen (Bürgerrechtsbewegung, Massendemonstrationen, Fluchtbewegung und SED-Reformbewegung) weitgehend unabhängig voneinander agierten und bis in den November 1989 weder allein noch gemeinsam das Repressionsregime ernsthaft vor die Machtfrage hätten stellen können. Das schwindelerregende Wachstum der Opposition gegen das Regime im Oktober und November war mindestens so sehr Folge wie Ursache der inneren Auflösung des SED-Staates. Bis in den Sommer 1989 hinein stellte die politische Opposition wohl moralisch einen ernstzunehmenden Faktor, aber zahlenmäßig in Bezug auf den Machterhalt keine imposante Größe dar: Die 150 Basisgruppen, 600 Führungsfunktionäre, 2.400 Aktivisten und 60

unbelehrbare Feinde des Sozialismus, die das MfS auflistete, konnten einem gegen den inneren Feind hochgerüsteten Staat kaum gefährlich werden. Mit Recht erinnerte Stefan Wolle an den zynischen Satz eines Stasi-Offiziers: „Wir haben die Waffen zu früh abgegeben. Die Plüschheinis von der Friedensbewegung wären beim ersten Schuss auseinandergelaufen.“<sup>5</sup> Dass der Einsatzbefehl in Leipzig am 9. und 16.10.1989 ausblieb und die chinesische Karte nicht gespielt wurde, lässt sich schwerlich aus der Breite und Kraft der Regimegegner allein erklären, so sehr es auf der anderen Seite zutrifft, dass auch eine noch so entkräftete SED-Herrschaft ihre Macht ohne das entschlossene und mutige Handeln von Oppositionellen und Demonstranten niemals aus der Hand gegeben hätte.

Die geschichtspolitische Vereinnahmung der ostdeutschen Revolution erschwert weiterhin, dass die Ziele der oppositionellen Akteure mehrheitlich wenig mit dem schließlich erzielten Ergebnis der deutschen Vereinigung zu marktwirtschaftlichen Bedingungen zu tun hatten. Für einen kurzen historischen Moment gewann im Gegenteil die Idee eines „verbesserlichen Sozialismus“ noch einmal öffentliche Bedeutung: teils emphatisch mit dem Ziel einer durchgreifenden Demokratisierung der Gesellschaft oder gar einer Rehabilitierung der „weltweite(n) Perspektive des Kommunismus“<sup>6</sup>, teils verhalten wie in einer Verlautbarung des Neuen Forums: „Für uns ist das Thema ‚Wiedervereinigung‘ kein Thema, da wir von der Zweistaatlichkeit Deutschlands ausgehen und kein kapitalistisches Gesellschaftssystem anstreben“.<sup>7</sup>

Weitgehende Einigkeit aber bestand in der sich formierenden Opposition gegen den SED-Staat zumindest anfänglich darin, dass der Sozialismus in der DDR „nicht verloren gehen (darf), weil die bedrohte Menschheit [...] Alternativen zur westlichen Konsumgesellschaft braucht, deren Wohlstand die übrige Welt bezahlen muß“.<sup>8</sup> Die Verfechter der Idee eines alternativen Sozialismus konnten ihre Hoffnung kurzzeitig auf die Gegenmachtparole „Wir sind das Volk!“ stützen, die der Staatsgewalt und ihrer Lautsprecherdurchsage „Hier spricht die Volkspolizei!“ seit dem 2. Oktober 1989 den Selbstbestimmungsanspruch der Leipziger Montagsdemonstranten entgegensetzte. Ihr Umschlag in das Vereinigungsmotto „Wir sind ein Volk!“, das an gleicher Stelle zuerst am 20. November auf Aufklebern der „Allianz für Deutschland“ auftauchte, entzog den Gedankenspielen einer Überführung der

---

<sup>5</sup> Stefan Wolle, Die heile Welt der Diktatur, S. 342.

<sup>6</sup> So in einer Forderung, die Thomas Klein im Juli 1989 für die Vereinigte Linke in einem Samisdat-Artikel „Ist die DDR reif für eine Reform ihres gesellschaftlichen Systems?“ erhob, zit. n. ebd., S. 91.

<sup>7</sup> Liebe Freunde und Freundinnen des Neuen Forum. Rundbrief des Neuen Forums, 1.10.1989.

<sup>8</sup> Aufruf zur Einmischung in eigener Sache. Flugschrift der Bürgerbewegung Demokratie jetzt, 12.9.1989. in: Die ersten Texte des Neuen Forums, Berlin 1990, S.3.

„protozialistischen“ DDR in einen „modernen Sozialismus“ dann allerdings rasch die politische und lebensweltliche Basis, wie Claudia Rusch rückblickend beschrieb: „Das war das Ende. Montagsdemos, Neues Forum, Friedenswachen, alles umsonst. Kein reformierter Sozialismus. Die Mauer war gefallen und der Weg zu Aldi offen.“<sup>9</sup>

Vergeblich stemmten die sich überrannt fühlenden Träger des Widerstandes dagegen, dass „die Helden einer politischen Revolution [...] durch Reisen und schuldenerhöhende Konsumspritzen“ ruhiggestellt würden<sup>10</sup>, und warnten Publizisten der Neuen Linken im Westen davor, den Fall der Mauer nur als das Scheitern des Realsozialismus zu verstehen<sup>11</sup>; vergeblich verlangte Bärbel Bohley für die DDR „zwischen Kapitalismus und Sozialismus nach einem neuen Weg“ und trauerte Wolf Biermann um „die gestorbenen Hoffnungen auf eine wirklich sozialistische Revolution“.<sup>12</sup> Nachdem sich laut einer am 15.11.1989 vom Leipziger Institut für Jugendforschung veröffentlichten Umfrage noch 86% der befragten DDR-Bürger für „den Weg eines besseren, reformierten Sozialismus“ der DDR und nur 5% für einen „kapitalistischen Weg“ ausgesprochen hatten, befürworteten Anfang Februar 1990 schon 79% die Wiedervereinigung.<sup>13</sup> Mit der „Wende in der Wende“<sup>14</sup> verwandelte sich die Hoffnung auf einen wirklichen deutschen Sozialismus in den Ort einer vergangenen Zukunft, die die Spruchbänder der Leipziger Montagsdemonstration vom 27. November so rasch wie möglich hinter sich zu lassen verlangten: „Der Sozialismus, von Ochs und Esel gemacht, hat uns an den Rand des Abgrunds gebracht! Keine Experimente mehr – Wiedervereinigung jetzt!“<sup>15</sup> Wie bitter enttäuscht viele der sich eben noch an der Spitze einer sozialistischen Erneuerungsbewegung wählenden Regimegegner auf diese Flucht in die D-Mark reagierten, brachte Wolf Biermann in seinem „Nachruf auf die DDR“ zum Ausdruck: „Die übergeduldigen Opfer des totalitären Regimes fordern jetzt den totalen und sofortigen Anschluß an die Bundesrepublik.“<sup>16</sup>

---

<sup>9</sup> Claudia Rusch, *Meine freie deutsche Jugend*, Frankfurt am Main 2003, S. 75.

<sup>10</sup> Erklärung des Neuen Forum: Die Mauer ist gefallen, 12.11.1989, in: *Die ersten Texte des Neuen Forums*, Berlin 1990, S.10.

<sup>11</sup> Klaus Hartung, *Der Fall der Mauer. Wer jetzt nur das Scheitern des Realsozialismus sieht, ist blind*, in: *die Tageszeitung (taz)*, 18.11.1989, S.2.

<sup>12</sup> Wolf Biermann, *À la lanterne! à la lanterne!*, in: *Der Spiegel*, Nr. 39, 21.9.1992, S. 81.

<sup>13</sup> Umfrage des Zentralinstituts für Jugendforschung Leipzig, veröffentlicht am 15.11.1989, in: Peter Förster/ Günter Roski, *DDR zwischen Wende und Wahl*, Berlin 1990, S. 53.

<sup>14</sup> Hartmut Zwahr, *Ende einer Selbstzerstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR*, Göttingen 1993, S. 139.

<sup>15</sup> Wolfgang Schneider, *Leipziger Demontagebuch*, Leipzig/Weimar 1990, S. 128 f.

<sup>16</sup> Wolf Biermann, *Ein Nachruf auf die DDR*, in: *Die Zeit*, 2.3.1990.

## Die unterschiedlichen DDR-Gedächtnisse

Ein zweiter naheliegender Grund für den Streit um 1989 liegt darin, dass die DDR im kulturellen Gedächtnis noch längst keinen allgemein anerkannten Platz gefunden hat. Wir stellen dies auf den unterschiedlichsten Ebenen fest: in der so genannten Ostalgie, in den Auseinandersetzungen um die Ausrichtung der zeitgeschichtlichen Gedenkkultur, in der Literatur, im Schulunterricht. Analog fragmentiert präsentiert sich die Erinnerung an den Umbruch von 1989. Die unterschiedlichen Bezeichnungen deuten auf ein mehrfach gespaltenes Milieugedächtnis, in dem voneinander abgeschottete Bilder der DDR-Vergangenheit weitgehend unverbunden nebeneinander stehen. Politisch dominant ist dabei eine „Revolutionserinnerung“, die den öffentlichen Diskurs wie das offizielle Gedenken beherrscht und die DDR als einen im Herbst 1989 – bzw. zwischen den Kommunalwahlen im Mai 1989 und den Volkskammerwahlen im Mai 1990 – mutig überwundenen Unrechtsstaat konturiert. Schon die den Begriff der „friedlichen“ oder der „demokratischen Revolution“<sup>17</sup> vielfach meidende Alltagssprache im Osten der Republik deutet zugleich die parallele Existenz einer gesellschaftlich dominanten „Wendeerinnerung“ an, die sich mit der dauerhaften Spaltung von öffentlichem Geschichtsbild und individueller Erfahrung abgefunden hat. Parallel existiert ein weiteres und in Netzwerken politischer und fachlicher Natur organisiertes Milieugedächtnis früherer DDR-Eliten, das eine vereinigungskritische Anchlussenerinnerung pflegt. In ihm erscheint die DDR als Normalstaat und die Vereinigung als koloniale Unterwerfung mit Zustimmung der Kolonisierten in gezielter Analogie zum Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich 1938.<sup>18</sup>

Im Streit um 1989 rivalisieren diese unterschiedlichen und miteinander kombinierbaren Gedächtnisse um Anerkennung und gewinnen aus ihren jeweiligen Geltungsgrenzen ein unerschöpfliches Reservoir an Empörung und milieuspezifischer Skandalisierung. Beispielhaft führt dies die Diskussion um die Befragungsergebnisse der in der letzten Zeit veröffentlichten Studien über das DDR-Wissen von Schülern vor. Sowohl die Erhebung von Ulrich Arnsmann wie die von Monika Deutz-Schroeder und Klaus Schroeder unterstreichen, dass ostdeutsche Schüler ihr Geschichtsbild nicht zuletzt aus einem Familien- und Milieugedächtnis beziehen, das weniger auf große Zusammenhänge wie Demokratie und

---

<sup>17</sup> Vgl. Damm/Thompson auf dem Dresdner Historikertag, 1.10.2008.

<sup>18</sup> Jörg Roesler, *Der Anschluss von Staaten in der modernen Geschichte. Eine Untersuchung aus aktuellem Anlass*, Frankfurt am Main 1999.

Diktatur abstellt und stärker auf die alltägliche Bewährung unter oft widrigen Verhältnissen. Die Kritiker dieses Arrangementgedächtnisses fordern für den Geschichtsunterricht „direkte Anordnungen von Ministerien“, um ein Weiterwirken der „in der DDR erworbenen mentalen Prägungen“ und „in den verschiedenen Milieus“ die Weitergabe von „Fragmente(n) eines Geschichtsbildes an jüngere Generationen“ zu unterbinden. „Anstatt DDR-Geschichte weich zu zeichnen [...], scheint es sinnvoller, die aktive und passive Auflehnung der Bevölkerung gegen die Diktatur [...] stärker in den Fokus der Analyse zu stellen. Dies böte die Möglichkeit einer Identifikation mit Werten wie Freiheit und Demokratie, die in großen Teilen der ostdeutschen Bevölkerung immer noch unterentwickelt sind. Die Verklärung des Sozialen behindert zudem den endgültigen Abschied von der Unmündigkeit, die in der DDR mit den sozialen Versorgungssystemen verknüpft war und Loyalität erzeugen sollte.“<sup>19</sup>

Gegen dieses Plädoyer für einen amtlichen Gedächtnistausch kann sich Widerspruch in gleicher Deziertheit erheben, weil anders als der Nationalsozialismus die DDR keinen Zivilisationsbruch markiert. Der Kommunismus kann anders als der Nationalsozialismus „erzählt“ werden, und die autobiographische Welle, die wir wieder auf der Leipziger Buchmesse erlebt haben, erklärt sich maßgeblich daraus, dass es im Fall der DDR ein öffentlich wie privat verteidigungsfähiges richtiges Leben im falschen gegeben haben kann. Dieses kann in seinen Grundzügen dargestellt werden, ohne entweder das autobiographische Ich zu verraten oder in Konflikt mit den heute gültigen kulturellen Normen zu geraten.<sup>20</sup>

### **Das fehlende nationalgeschichtliche Heldennarrativ**

Einen dritten Grund für die konfliktreiche Verortung der Herbstereignisse 1989/90 könnte man darin sehen, dass der Umbruch anders als in Ostmitteleuropa in Deutschland nicht in ein festes nationalgeschichtliches Narrativ passt. Die Apostrophierung als Revolution setzt ihn in Beziehung zu den deutschen Freiheitstraditionen und besonders zur 1848er-Revolution, aber mit einem revolutionsromantischen Überschuss auch mit der 1918er-Revolution. Ob die attributive Kennzeichnung als „friedlich“ angesichts der

---

<sup>19</sup> Monika Deutz-Schroeder / Klaus Schroeder (Hg.), Soziales Paradies oder Stasi-Staat. Das DDR-Bild von Schülern – ein Ost-West-Vergleich, München 2008, S. 106f.

<sup>20</sup> „Die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur darf nicht auf das Ziel einer einheitlichen oder gar geschlossenen Gesamtaussage verpflichtet werden. So verlockend es auch klingen mag, politische Bildung muss sich davor hüten, einen ‚richtigen Weg‘ des Erinnerns und ein ‚gültiges Geschichtsbild‘ zu verkünden. Anders als in geschlossenen Gesellschaften gibt es keinen historischen Wächter, der den geschichtlichen Wahrheitsgehalt anordnet.“ Martina Weyrauch, in: Thomas Großbölting/Dirk Hofmann (Hg.), Vergangenheit in der Gegenwart. Vom Umgang mit Diktaturerfahrungen in Ost- und Westeuropa, Göttingen 2008, S. 123-128, hier S. 127.

Auseinandersetzungen mit der Staatsgewalt am 7./8. Oktober in Berlin, am 4. November im Dresdner Hauptbahnhof und der nur knapp abgewendeten Konfrontation am 9. Oktober in Leipzig sachlich angemessen ist, sei dahingestellt. Aber sie ordnet den herbeigeführten Regimesturz einem anderen historischen Metanarrativ als dem des heroischen Triumphs des Guten über das Böse zu, nämlich dem des Pazifismus, des Dialogs, der Zivilität. Die historisch begründbare, aber semantisch paradoxe Verbindung von Friedlichkeit und Revolution verrät die Ambivalenz einer Erinnerung, die zugleich einer nationalgeschichtlichen Stolzkultur und einer nationalgeschichtlichen Opferkultur verpflichtet ist. Kurz gesagt: Auch die Freude über 1989/90 kann den Schmerz über 1933/45 nicht wettmachen. Der Umbruch von einer mimetischen Geschichtskultur, die auf Identifikation setzt, zu einer kathartischen Geschichtskultur, die auf Distanzierung setzt, beeinflusst auch unser Bild von „1989/90“. Er mattiert das so genannte „positive Erinnern“, das das mythisierte Bild der deutschen Geschichte vor allem zwischen 1871 und 1945 gleichsam mit dem Firnis einer postheroischen Gedenkkultur prägte, die ihre Identität eher aus der Bewältigung und der Aufarbeitung von Vergangenheit zieht, als aus der Erbauung an ihr. Nicht zufällig sind die im Gedächtnis unserer Zeit haftenden Bildikonen am ehesten die hilflosen Sprecher der Macht wie Schabowski und mit ihnen die freudetrunkenen Massen bei der Maueröffnung, aber eben keine Helden des Umsturzes und Bannerträger des Neuen wie Roland Jahn, Kurt Masur oder Christian Führer.

Diese geschichtskulturelle Grundierung unterscheidet den Umgang mit 1989/90 maßgeblich von ostmitteleuropäischen Umbruchsnarrativen. Soweit ich es überblicke, spielt der *annus mirabilis* in den Geschichtskulturen der ehemaligen Ostblockstaaten mehrheitlich eine eher untergeordnete Rolle. Er fügt sich in eine Kette von Befreiungsversuchen, die besonders im polnischen Fall bis 1939 zurückgehen. Anders als in Deutschland, wo erst mit der so genannten Faulenbachformel die latent lauernde Erinnerungskonkurrenz zwischen NS-Bewältigung und DDR-Aufarbeitung beherrschbar wurde, erlaubt die nationalgeschichtliche Befreiungsgeschichte den postkommunistischen Staaten Ostmitteleuropa die nationalsozialistische und die stalinistische Unterdrückung zusammenzudenken. Daraus resultiert einerseits die enorme geschichtspolitische Aufladung der Auseinandersetzung etwa um die Lustration und andererseits eine gedenkpolitische Rückstufung des Runden Tisches in Polen und der Umwandlung in Ungarn gegenüber den nationalgeschichtlichen Befreiungsdaten von 1956, 1968 und 1970. An diesen kann die politische Lagerbildung sich

besser artikulieren als an den „samtenen“ bzw. „konstitutionellen“ Revolutionen<sup>21</sup> am Ende der achtziger Jahre.

Allen postsowjetischen Gesellschaften Ostmitteleuropas ist zweierlei gemeinsam, gleichviel, ob sie dem Jahr 1989 eine größere oder geringere Bedeutung beilegen: Sie sind von einer in Deutungslager gespaltenen Erinnerungskultur gekennzeichnet, in denen die Vergangenheit vor allem zum Austragungsfeld politischer Gegensätze dient und die Fachwissenschaft es schwer hat, eine eigene und unabhängige Position zu erlangen.<sup>22</sup> Hierin spiegelt sich der Umstand, dass Systemwechsel und Elitenaustausch in Ostmitteleuropa anders als im Fall der DDR nicht von außen forciert wurden, sondern ganz als Selbstbefreiung vollzogen und deswegen verwirrende Überlagerungen von Kontinuität und Diskontinuität hervorbrachten.

### **Aufarbeitung als Herausforderung der Geschichtswissenschaft**

Zeitgeschichte als Wissenschaft muss sich gegenüber der Erinnerungskultur und ihren Deutungslagern als integrierter Partner und distanzierter Beobachter zugleich zu behaupten suchen. Wie schwer ihr das fällt, zeigt schon der Auftakt dieses Jubiläumsjahres in oft greller Deutlichkeit. Zum einen sind Fachhistoriker heute selbstverständliche Akteur auf der geschichtspolitischen Bühne. Wir wirken wie selbstverständlich an Entwicklungskonzepten der staatlichen Gedenkpolitik mit, wir beraten oder betreiben sogar zeitgeschichtliche Gedenkstätten, wir tingeln von einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung zur anderen und sitzend wie selbstverständlich mit Schriftstellern, Journalisten und Filmemachern zusammen, um zeitgeschichtliche Themen zu diskutieren. Darin steckt eine tendenzielle Verschmelzung von Wissenschaft, Gedenkpolitik und Erinnerungskultur, deren gemeinsame Losung der Wille zur Aufarbeitung der Vergangenheit ist. Die Pathosformel der Aufarbeitung verbirgt allerdings, dass die Verbindung von Erinnerungskultur und Fachwissenschaft eine

---

<sup>21</sup> Den Begriff der „konstitutionellen Revolution“ geht auf József Antall (1989 ungarischer Ministerpräsident) zurück.

<sup>22</sup> Für den rumänischen Fall gilt etwa: „Die Vielzahl der ungelösten Fragen, der große Legitimationsdruck auf die neuen Machthaber, die traditionelle Verquickung von Politik, Presse und akademischer Forschung, die grundsätzlich starke Politisierung öffentlicher Meinung und der exponierte Stellenwert intellektueller Eliten in der Gesellschaft führten nicht nur dazu, daß der Grundton der bisherigen Aufarbeitung fast durchgehend ein polemischer war, sondern auch, daß das Reden darüber immer das Stellen der Machtfrage mit einschloß. So sind die knapp 200 Publikationen zu „1989“ mehrheitlich vom Motiv der Rechtfertigung oder der Anklage getragen. Nur allzu schnell ist jede Seite bereit, der anderen totale Geschichtsfälschung oder politisch motivierte Verbreitung von Lügen zu betreiben. Die Herangehensweise, erkenntnisleitenden Fragestellungen und Interpretationen halten nur selten wissenschaftlichen Standards stand.“ Peter Ulrich Weiss, Projektantrag 2008.

*liaison dangereuse* strukturell ganz unterschiedlicher Partner ist. Das Gedenken als „Gedächtnisfeier“ appelliert stärker an die Emotion, die Wissenschaft stärker an die Kognition. Es schafft Nähe, wo die fachliche Erkenntnis auf Distanz und Kälte setzt – was ihr nach 1945 und wieder nach 1989 von Betroffenenengruppen immer wieder zum Nachteil angerechnet wurde. Gedenken ist seinem Prinzip nach affirmativ, die Geschichtswissenschaft ihrem Prinzip nach kritisch. Die Gedenkstätte ist ein Ort, an dem heutzutage verschiedene Funktionen Platz haben: das Gedenken und das Mahnen ebenso wie das Bewahren, Forschen und Ausstellen. Aber im Kern dient sie einer Gesellschaft oder einer Gruppe zur Bestätigung ihrer Haltung, nicht zur Infragestellung. Daraus resultiert im zeithistorischen Aufarbeitungsbetrieb eine Bestätigungshistorie, die es nicht mehr als vornehmste Aufgabe der Wissenschaft betrachtet, das selbstverständliche und gewohnte Urteil kritisch zu befragen, sondern allgemein gültige Sichtweisen der unterschiedlichen DDR-Gedächtnisse affirmativ zu bedienen.

Eine weitere Belastungsprobe der Zeitgeschichtsschreibung im Zeichen der Aufarbeitung sehe ich darin, dass sie das Streben nach historischer Objektivität vielfach durch das Bekenntnis zu Subjektivität zu ersetzen gedrängt wird – oder selbst dazu drängt. Ehrhart Neubert nennt seine umfangreiche Darstellung des Herbstes 1989 wie selbstverständlich „Unsere Revolution“, und Ilko-Sascha Kowalczuk vergewissert sich seiner Untersuchung zum „Endspiel“ des deutschen Kommunismus an der Macht mit einem förmlichen Lob der Subjektivität: „Man setze zwei Historiker vor denselben Stapel von Akten und gebe ihnen die gleiche Aufgabe. Als Produkt wird man ganz verschiedene Bücher erhalten, die sich unter Umständen gegenseitig ausschließen. [...] Ich verkünde hier keine objektive Wahrheit, sehr wohl aber meine eigene, die ich so darlegen möchte, dass sie nachvollziehbar und plausibel ist, selbst wenn man sie nicht teilt.“<sup>23</sup> Auf diese Weise droht Zeitgeschichte sich wieder in Zeitgeschichten aufzulösen und in der Konjunktur von Memoiren und Lebensgeschichten zu verschwimmen. Die neue historische Subjektivität des Aufarbeitungszeitalters setzt auf Annäherung statt auf Distanzierung, und es geht ihr nicht mehr so sehr darum, historische Phänomene auf den Begriff zu bringen, als vielmehr, ihnen möglichst unverstellt nahe zu kommen: „Gerade weil die DDR-Gesellschaft von vielen Paradoxien und Widersprüchen geprägt war, ist auch meine Darstellung selbst nicht frei von Paradoxien, Widersprüchen und

---

<sup>23</sup> Ilko-Sascha Kowalczuk, *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR*, München 2009, S. 18.

einem häufigen ‚sowohl-als-auch‘, schreibt wiederum Kowalczyk in seiner dichten Beschreibung des Diktaturzerfalls.<sup>24</sup>

In dieser zugleich Aufmerksamkeit bietenden und Deutungshoheit kostenden Aufwertung der Zeitgeschichte in der Aufarbeitungsgesellschaft sehe ich den vierten Grund dafür, dass die Debatte um 1989 mit so anhaltender und ausdauernder Intensität geführt wird, ohne zu einem Ende zu kommen – im Streit um die richtige Benennung geht es immer auch um den Gegensatz von Distanz und Nähe, von Moral und Wissenschaft, von Grundlagenforschung und *Public History*.

„Wende“ oder „Revolution“?

Damit habe ich die eigentliche Frage nach dem Charakter des Umbruchs von 1989 freilich immer noch nicht beantwortet und will ihr doch nicht gänzlich ausweichen. Was also kann die Zeitgeschichte als Wissenschaft neben einer theoretischen Besinnung auf die Trends der Geschichtskultur in der Sache beitragen, um wenigstens den Streit um die Angemessenheit von „Wende“ und „Revolution“ zu entscheiden?

Plausibler erscheint zunächst die Rede von der Wende. Sie ist im ostmitteleuropäischen Vergleich der einzelnen Umbruchsprozesse anschlussfähiger; sie kann den Umstand integrieren, dass mit Hans Modrow ein Vertreter der alten Ordnung die nominelle Macht bis zum Ende des Umsturzes behielt; sie trägt begrifflich dem Charakter des schleichenden Machtwechsels zwischen Mai 1989 und März 1990 etwas präziser Rechnung; und sie bewegt sich schließlich auf der Augenhöhe der den ersten Akt bis zum 9. November beherrschenden Akteure, die selbst höchstens auf eine Fundamentalreform zielten, nicht auf einen revolutionären Umsturz.

Gleichwohl stellte die weltgeschichtliche Wende von 1989/91 in Deutschland im Ergebnis doch eine Revolution dar, insofern sie nämlich das Ende einer Epoche herbeiführte und die Gültigkeit der bisherigen Ordnung der Dinge aufhob. Eine scheiternde Revolution wird in den hergebrachten Mustern der Weltorientierung als Hochverrat verhandelt; eine siegreiche Revolution aber setzt mit der historischen Zäsur zugleich neue normative Maßstäbe des Handelns und Denkens, die sich aus den alten Verhältnissen nicht hätten ergeben können. Nicht von der Gewalthaftigkeit des Umsturzes kann die Zuschreibung des Revolutionsbegriffs für den Herbst 1989 abhängen, sondern nur von der Radikalität des Umbruchs. Wie sehr aber

---

<sup>24</sup> Kowalczyk, Endspiel, S. 13.

alle Zeitgenossen des Umbruchs sich der revolutionären Verschiebung auch des ganz eigenen Sinnhorizontes hatten beugen müssen, lehrt bequem und manchmal schmerzhaft der Vergleich von Auffassungen und Äußerungen vor und nach 1989.

Eben dies leistet aber natürlich auch der Wende-Begriff, der bereits vor der Krenzschen Aneignung dem Titel einer „Spiegel“-Ausgabe zum Umbruch in der DDR zierte und von seiner Beliebtheit bei alten SED-Eliten kaum stärker kontaminiert sein dürfte als der Revolutionsbegriff von seiner Beliebtheit bei Lenin, Stalin oder Hitler. Auf wissenschaftlicher Ebene handelt es sich um einen scholastischen Streit, dessen analytischer Erkenntniswert gegen Null tendiert, seitdem der Revolutions-Begriff seine geschichtsphilosophische Fundierung in metahistorischen Entwicklungstheorien verloren hat.

Die eifernde Auseinandersetzung zwischen einer alltagsprachlichen Wende-Rhetorik und der politisch korrekten Revolutionssemantik hat andere Gründe und lässt sich eben nicht realgeschichtlich entscheiden, sondern nur rezeptionsgeschichtlich begründen. Wenn auch in der brandenburgischen Presse gerade erst wieder darüber geklagt wurde, dass 20 Jahre nach 1989 „viel von ‚Wende‘ und ‚Mauerfall‘ die Rede“ sei, während „der Begriff ‚Revolution‘ [...] kaum noch benutzt“ werde<sup>25</sup>, dann geht es nicht um die Erklärung der Geschichte, sondern um ihre Aneignung. Der Streit der Wörter für „1989“ ähnelt der wissenschaftlich unergiebigem, aber identitätsversichernden Debatte um die Frage, ob die DDR ein Unrechtsstaat, kein Unrechtsstaat oder wie ich sagen würde, ein Ohnrechtsstaat war. Dabei zielt der Terminus „Wende“ auf den Erfahrungs- und Handlungshorizont der ostdeutschen Mehrheitsgesellschaft, die den Umbruch im Ganzen mehr passiv erlebte als aktiv herbeiführte; das Wort „Revolution“ rückt den Willen zum Aufbegehren in das Zentrum der Umbruchgeschichte. In der Liebe zum Revolutionsbegriff steckt darüber hinaus ein ebenfalls unaufgearbeiteter Rest von historischer Umsturzromantik, die noch den theologischen Schwarmgeist Thomas Münzer zu einem „großen deutschen Revolutionär“ adelt und die freien Wahlen am 18. März 1990 zu der welthistorischen Genugtuung emporhebt, dass „endlich auch die deutsche Geschichte eine erfolgreiche Freiheitsrevolution vorzuweisen“ hatte.<sup>26</sup> Die oft beklagte Unlust, die Herbstereignisse von 1989 als Revolution zu kennzeichnen, verrät hingegen die Scheu vor einem Geschichtspathos, das der Überzahl

---

<sup>25</sup> Interview: Wahlkampf mit Geschichts-Floskeln. Der Historiker Ulrich Herbert über DDR-Debatten, die unaufgeregte Bundesrepublik und die Krise, in: Märkische Allgemeine Zeitung, 31.3.2009

<sup>26</sup> Kowalczyk, Endspiel, S. 301 f.

an Unbeteiligten ebenso misstönend vorkommt wie den vielen Protagonisten des Umbruchs, die die Öffnung der Mauer als Ende der Hoffnung auf eine fundamentale Reform der DDR empfunden hatten.

Diese Differenz methodisch kontrolliert zu untersuchen und zu erklären, ist Aufgabe der Geschichtswissenschaft. Sie sprachpflegerisch und erzieherisch einzuebnen, hieße die feine Linie zu überschreiten, die Geschichtswissenschaft und Geschichtspolitik trennt. Auch für den Umgang mit dem Herbst 1989 gilt am Ende, dass die Aufgabe der Zeithistorie als Wissenschaft in der Historisierung liegt und nicht in der Normierung.